



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss		

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2008

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Haushaltsermächtigung zum Stand 02.09.2008 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende. Die Haushaltsermächtigung berücksichtigt neben dem Haushaltsansatz 2008 auch evtl. aus 2007 zusätzlich bereitgestellte Haushaltsermächtigung, alle bis zu dem o. a. Zeitpunkt verfügten außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben sowie die Änderungen durch Deckungsfähigkeiten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden grundsätzlich nur Abweichungen ab einer Größenordnung von 0,5 Mio. Euro berücksichtigt.

Gewerbesteuer

Das Anordnungssoll für Vorauszahlungen und Nachforderungen liegt per 17.09.2008 bei rd. 1.016,2 Mio. Euro. Damit sind zum Stichtag bereits 98,7% des Hpl.-Ansatzes von 1.030,0 Mio. Euro realisiert.

Beim Gewerbesteueraufkommen muss zwischen den Vorauszahlungen, diese geben die aktuelle wirtschaftliche Lage wieder, und den Nachforderungen für Vorjahre unterschieden werden. Erwartete Absetzungen bzw. Berichtigungen infolge der vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Reform der Unternehmenssteuer ab dem Erhebungszeitraum 2008 sind im Anordnungssoll der **Vorauszahlungen** 2008 bislang noch nicht erkennbar. Bis zum Stichtag 17.09.2008 wurden 782,9 Mio. Euro (104,4%) zum Soll gestellt. Die nach wie vor günstige konjunkturelle Entwicklung hat sicherlich zu einer Erhöhung der Bemessungsgrundlagen geführt, so dass damit zumindest teilweise die mit dem Reformgesetz verbundene verringerte Steuerbelastung kompensiert wird. So-

bald sich der zu erwartete Gewerbeertrag 2008 gesichert ermitteln lässt – meistens erst in der zweiten Jahreshälfte -, könnten Anpassungen der Vorauszahlungen erfolgen. Es ist dennoch davon auszugehen, dass der Teilansatz von 750,0 Mio. EUR nicht unterschritten wird.

Die Unternehmenssteuerreform 2008 wirkt sich nicht auf die **Nachforderungen aus Vorjahren** aus. Diese Nachforderungen betreffen die Erhebungszeiträume bis 2007 - hierbei insbesondere die letzten sechs Jahre. Das Anordnungssoll dieses Teilansatzes (233,3 Mio. Euro (83,3%) zum Stichtag 17.09.2008) entwickelt sich nach dem langjährigen Durchschnitt gerade in der zweiten Jahreshälfte positiver.

Insgesamt liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass die Erreichung des Gewerbesteueransatzes 2008 gefährdet ist. Unabhängig hiervon ist die steuerartspezifischen Risiken hinzuweisen. Ein erheblicher Sollabgang bei einem Großsteuerzahler kann die vorliegende Prognose drastisch verschlechtern.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Derzeit lässt sich keine fundierte Prognose abgeben, es ist jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens von keiner wesentlichen Veränderung auszugehen.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Grundsteuer

Im Bereich der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll per 08.09.2008 bei rd. 197,1 Mio. Euro und damit rd. 2,9 Mio. Euro unter der Veranschlagung. Bis Jahresende werden voraussichtlich noch Sollzugänge von 1,9 Mio. Euro kassenwirksam, so dass die Grundsteuererträge um rd. 1,0 Mio. Euro unter den Erwartungen bleiben werden.

Wenigererträge: rd. 1,0 Mio. Euro

Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil (Kompensation)

Gemäß Festsetzungsbescheid beträgt die Kompensationsleistung in 2008 rd. 34,4 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verschlechterung von rd. 0,5 Mio. Euro.

Wenigererträge: rd. 0,5 Mio. Euro

Sonstige Vergnügungssteuer

Es besteht zum Stichtag 31.08.2008 noch eine erhebliche Abweichung des aktuellen Anordnungssolls im Vergleich zum Ansatz. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass die überwiegende Anzahl der Veranlagungsfälle „Gewinnspielgeräte“ wegen weiterer Satzungsänderungen infolge neuer verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen für die Erhebungszeiträume 2006 – 2008 noch nicht durchgeführt werden konnte. Die zuletzt erfolgte Satzungsänderung (4. Änderungssatzung) ist erst am 26.03.2008 in Kraft getreten; erst danach konnte damit begonnen werden, die für die Veranlagung erforderlichen Besteuerungsgrundlagen bei den Steuerpflichtigen zu ermitteln. Nach vorsichtiger Einschätzung sind nunmehr bei optimalem Verlauf für 2006, 2007 und 2008 (1. bis 3. Quartal) weitere Sollstellungen im Hj. 2008 von bis zu 15 Mio. EUR zu erwarten. Unter Berücksichtigung des bisherigen Anordnungssolls wird der Planansatz voraussichtlich erreicht.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Zweitwohnungssteuer

Bei den Erträgen aus der Zweitwohnungssteuer ist mit Ausfällen von rd. 1,3 Mio. Euro zu rechnen. Ursächlich hierfür ist eine Vielzahl von Korrekturen der Bemessungsgrundlage zur Zweitwohnungssteuer bzw. Korrekturen der Meldedaten, sodass der Großteil der erhobenen Forderungen aus Vorjahren wieder abgesetzt werden muss. Die neuen Veranlagungsfälle des Jahres 2008 können diese erheblichen negativen Sollveränderungen nicht kompensieren.

Wenigererträge: rd. 1,3 Mio. Euro

Personalausgaben

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personalaufwendungen voraussichtlich mit einer Verbesserung in Höhe von ca. 17,0 Mio. Euro (bzw. ca. 23,0 Mio. Euro ohne Berücksichtigung der Mehrstellen 2008) abschließen. Allerdings wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die geplan-

ten Aufwendungen für die Zuführungen zu den Personalrückstellungen sowie deren Inanspruchnahme auf dem Stand 31.12.2006 basieren. Diese werden derzeit im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz neu berechnet und führen voraussichtlich zu höheren Aufwendungen, die derzeit noch nicht quantifizierbar sind.

Verbesserung: rd. 17,0 (23,0) Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich werden sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen Verbesserungen gegenüber der Planung erwartet.

Bei den Erträgen zeichnet sich insgesamt eine Verbesserung von ca. 9,1 Mio. Euro ab. Hauptsächlich ist dies darauf zurückzuführen, dass ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung zurückgezogen wurde, welcher die Reduzierung der Bundeserstattung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII vorsah. Da die negativen Auswirkungen dieses Entwurfs in der Planung berücksichtigt waren, ergeben sich für diese Hilfeart voraussichtlich Mehrerträge von rd. 5,8 Mio. Euro. Des Weiteren ergeben sich durch die Aufarbeitung von Rückständen und der hiermit verbundenen Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen im Rahmen der Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII Mehrerträge in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro. Mit den Mehraufwendungen (s.u.) im Bereich der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII gehen Mehrerträge i.H.v. rd. 1,8 Mio. Euro durch entsprechend höhere Erstattungen des LVR einher. Im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen werden durch forcierte Unterhaltsrückstandsbearbeitung Mehrerträge i.H.v. ca. 0,9 Mio. Euro erwartet.

Dem gegenüber stehen Wenigererträge in Höhe von ca. 0,9 Mio. Euro für die Sicherung des Lebensunterhalts von besonderen Personengruppen (Wegfall der Aufgabe Kriegsofopferfürsorge, diese wird seit dem 01.01.2008 durch den LVR wahrgenommen) sowie weitere geringfügige Wenigererträge in anderen Leistungsbereichen in kumulierter Höhe von 0,5 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen wird insgesamt eine Verbesserung von rd. 3,7 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergibt sich u.a. durch Wenigeraufwendungen von ca. 1,0 Mio. Euro im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB II, geringere Aufwendungen von rd. 1,4 Mio. Euro im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel SGB XII und durch eine Verbesserung von ca. 3,0 Mio. Euro bei den Hilfen nach dem AsylbLG aufgrund geringerer Fallzahlen. Zudem ergeben sich Wenigeraufwendungen i.H.v. 1,1 Mio. Euro im Bereich der Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach dem 9. Kapitel SGB XII und Wenigeraufwendungen von 0,7 Mio. Euro durch den Wegfall der Aufgabe Kriegsofopferfürsorge (s.o.). Auch ist durch den Belegungsvertrag mit der GAG aus dem Jahr 2000 nun mit Wenigeraufwendungen i.H.v. voraussichtlich 2,0 Mio. Euro für den Bereich Wohnraumsicherung und –versorgung zu rechnen.

Mehraufwendungen in Höhe von 5,5 Mio. Euro werden trotz stabiler Fallzahlen aufgrund höherer Pflegesätze und geringeren Eigenmitteln der Klienten bei den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII prognostiziert.

Verbesserung: rd. 12,8 Mio. Euro

Kinder und Jugend

Im Bereich Kinder-, Jugend und Familienhilfe zeichnet sich insgesamt eine Verschlechterung von ca. 1,3 Mio. Euro ab. Die Zuweisungen für laufende Zwecke werden voraussichtlich um ca. 2,0 Mio. Euro unter der Planung bleiben, da zum einen beim Land zusätzliche Plätze für die Betreuung U3 angemeldet, doch bisher nur teilweise bewilligt wurden und zum anderen von einer 45 Std./Wochen-Belegung bei den Hortplätzen ausgegangen, jedoch seitens des Landes nur ein 35 Std./Wochen-Belegung bewilligt wurde. Im übrigen Jugendhilfebereich (Wirtschaftliche Erziehungshilfe) sind Wenigererträge von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Kostenersatzleistungen zu erwarten. Dem gegenüber stehen Mehrerträge von rd. 0,5 Mio. Euro im Bereich Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtungen bei den Benutzungsgebühren/Entgelten, was auf eine überdurchschnittliche Auslastung insbesondere in den Aufnahmegruppen zurückzuführen ist.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung werden voraussichtlich ca. 0,7 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben, was ursächlich durch eine restriktive Haushaltsführung zu begründen ist.

Verschlechterung: ca. 1,3 Mio. Euro

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Der Bereich prognostiziert per Saldo eine Verschlechterung in Höhe von ca. 0,1 Mio. Euro. Diese Verschlechterung hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen werden voraussichtlich rd. 1,1 Mio. Euro Wenigeraufwendungen für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausschattung benötigt als geplant, da bereits in 2007 eine große Anzahl der SAN-Komponenten beschafft wurden und aufgrund neuer Vertragskonditionen für die nächsten drei Jahre keine Wartungskosten anfallen. Dem gegenüber stehen jedoch Mehraufwendungen für Leasing von rd. 0,2 Mio. Euro. Zusätzlich werden Mehraufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro erwartet, da durch krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle sowie die verzögerte Besetzung von Stellenvakanzen ein höherer Einsatz von externen Kräften erforderlich ist.

Verschlechterung: rd. 0,1 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Durch die Verschiebung bei der Beauftragung von Gutachten und Schlusssdokumentationen verschiedener Sanierungsmaßnahmen sowie die zeitliche Verzögerung von Einzelprojekten bei der Struktur- und Technologieförderung und der räumliche Stadtentwicklung bleiben die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen voraussichtlich rd. 1,2 Mio. Euro unter der Planung. Die Zuschüsse an übrige Bereiche werden nach derzeitiger Einschätzung rd. 2,0 Mio. Euro geringer ausfallen als geplant, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass der eingeplante Zuschuss an die DB für die Erschließung der Bahnsteige Deutz nach erneuter Prüfung aus der investiven Finanzrechnung ausgezahlt wird.

Wenigeraufwendung: ca. 3,2 Mio. Euro

Öffentliche Ordnung

Im Bereich der allgemeinen öffentlichen Ordnung werden die Verwarnungs- und Bußgelder voraussichtlich mit Mehrerträgen von insgesamt rd. 1,0 Mio. Euro abschließen. Dies ist insbesondere auf den hohen Anzeigeneingang bei der Bußgeldstelle zurückzuführen. Weiterhin ergeben sich Mehrerträge durch die verstärkte Einforderung von Bestattungskosten bei den Kostenpflichtigen.

Mehrerträge: rd. 1,0 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Die Volkshochschule prognostiziert Wenigererträge von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Leistungsentgelten. Die bisherige Nachfrage zeigt, dass die geplante Steigerung der Teilnehmer nicht in vollem Umfang realisiert werden kann. Bei den allgemeinen Zuweisungen vom Bund zeichnet sich eine Verbesserung von 0,6 Mio. ab, welche im Wesentlichen auf die intensiven und erfolgreichen Bemühungen um die Akquisition zusätzlicher Qualifizierungsprojekte wie auch auf den weiter zugenommenen Umfang an Integrationskursen zurückzuführen ist.

Verbesserung: rd. 0,1 Mio. Euro

Denkmalpflege

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt werden in 2008 nicht in geplantem Umfang benötigt. Die Umsetzung der Maßnahme wird hauptsächlich in 2009 ff erfolgen, so dass sich in 2008 Wenigeraufwendungen beim städt. Eigenanteil von rd. 0,7 Mio. Euro ergeben.

Wenigeraufwendung: rd. 0,7 Mio. Euro

Feuerwehr

Nach derzeitiger Einschätzung werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aufgrund der übergangsweisen Stationierung des Rettungshubschraubers am Flughafen Köln/Bonn um rd. 0,7 Mio. Euro über der Kalkulation liegen.

Mehraufwendung: rd. 0,7 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik prognostiziert Mehrerträge bei den Sondernutzungsgebühren in Höhe von ca. 0,6 Mio. Euro, was auf eine erhöhte Bautätigkeit zurückgeführt werden

kann. Dem gegenüber werden die Aufwendungen für Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen rd. 0,9 Mio. Euro über der Planung liegen.

Verschlechterung: rd. 0,3 Mio. Euro

Parkeinrichtungen

Die bis Jahresende prognostizierten Parkgebühren liegen ca. 1,4 Mio. Euro über der Planung. Diese positive Entwicklung ist auf getroffene Maßnahmen zur Aufbruchprävention bei den Parkscheinautomaten, den Austausch von Altgeräten und eine verstärkte Verkehrsüberwachung zurückzuführen.

Mehrerträge: rd. 1,4 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Von der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH wird bedingt durch die Steigerung der Ablagerungsentgelte eine Erstattung gezahlter Betriebskosten erfolgen, was zu Mehrerträgen von rd. 3,5 Mio. Euro führt. Die Sach- und Dienstleistungen werden voraussichtlich ca. 0,6 Mio. Euro unter der Planung bleiben, da sich die Maßnahme „am Linder Mauspfad“ verschiebt. Hier muss ein Luft- und Lärmgutachten abgewartet und anschließend die Verkehrsführung neu verhandelt werden.

Verbesserung: rd. 4,1 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung im Stadtbahnbereich und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich mit insgesamt rd. 2,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie der ähnlichen Probleme für die Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel.

Wenigeraufwendung: rd. 2,0 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Für die Stadt Köln besteht die Verpflichtung zum Ausgleich der Verluste der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB nach Ablauf von 5 Jahren. Das positive Ergebnis aus 2007 reduziert den vorgetragenen Verlust aus 2002, so dass in 2008 ein geringerer Aufwand für die Verlustabdeckung in Höhe von ca. 0,6 Mio. Euro erforderlich wird.

Wenigeraufwendung: ca. 0,6 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i> <i>Verbesserung</i> <i>(+) / Ver-</i> <i>schlechterung</i> <i>(-)</i>
Grundsteuer	- 1,0
Kompensationsleistung	- 0,5
Zweitwohnungssteuer	- 1,3
Personalausgaben	+ 17,0
Sozialbereich	+ 12,8
Kinder und Jugend	- 1,3
Rechenzentrum	- 0,1
Stadtentwicklung	+ 3,2
Öffentliche Ordnung	+ 1,0
Kultur und Wissenschaft	+ 0,1
Denkmalpflege	+ 0,7
Feuerwehr	- 0,7
Verkehrsflächen und -anlagen	- 0,3
Parkeinrichtungen	+ 1,4
Abfallbeseitigung und Verwertung	+ 4,1
Stadtbahn, Brücken und Tunnel	+ 2,0
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	+ 0,6
Insgesamt:	+ 37,7

Die o. a. Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen schließt insgesamt mit einer Verbesserung von rd. 37,7 Mio. Euro ab. Sie basiert hauptsächlich auf der positiven Entwicklung bei der Gewerbesteuer, im Sozialbereich und aus der derzeit prognostizierten Unterschreitung der Personalaufwendungen, welche - wie bereits dargestellt - noch nicht gesichert ist. Insgesamt kann bei den dargestellten Verbesserungen aus Wenigeraufwendungen und Mehrerträgen nicht ausgeschlossen werden, dass die Werte bis Jahresende noch nach unten korrigiert werden müssen.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen größere Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert.

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich die Maßnahmen „Dacherneuerung S-Bahn Chorweiler Nord“ (ca. 1,8 Mio. Euro) und „Stadtsanierung Porz-Finkenbergl“ (ca. 0,7 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben.

Wenigerauszahlung: ca. 2,5 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Bei der Baumaßnahme Mülldeponie Vereinigte Ville werden voraussichtlich ca. 6,2 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Dies ist zum einen mit Verschiebungen im Zeit-Maßnahmen-Plan zu begründen. Des weitern wird davon ausgegangen, dass die Maßnahme insgesamt günstiger wird, als ursprünglich geplant.

Wenigerauszahlung: ca. 6,2 Mio. Euro

Öffentliches Grün

Zur haushaltsmäßigen Entwicklung bei der Grünunterhaltung wird auf die zur Sitzung vom 22.09.2008 umgedruckte Vorlage „Fahrzeug und Maschinenkonzept Teilbereich Grünunterhaltung“ verwiesen.

Mehrauszahlung: rd. 1,5 Mio. Euro

Erschließung

Längere Verfahrensdauern aufgrund durchzuführender Anhörungen führen in 2008 zu einer geringeren Anzahl von Veranlagungen. Infolge dessen werden weniger Einzahlungen in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro aus Erschließungsbeiträgen prognostiziert. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung.

Wenigereinzahlung: rd. 1,1 Mio. Euro

Schuldendienst für Darlehen

Für das laufende Jahr wird eine Unterschreitung der ursprünglich geplanten Tilgungsleistung von rd. 1,4 Mio. Euro, die hauptsächlich auf nicht bzw. zeitlich verzögert erfolgte Kreditaufnahmen zurückzuführen sind, prognostiziert.

Wenigerauszahlung: 1,4 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren, da derzeit nicht abzusehen ist, welche Einzelmaßnahmen noch in 2008 ausgeschrieben und submittiert werden. Insgesamt werden die Auszahlungen jedoch unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.

Grundsätzlich ist im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich also de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.